



Presse – Ausschnitt Weißenburger Tagblatt vom 07.05.2018

Artur Auernhammer hält am ampelfreien Ausbau der Hörnleinkreuzung fest

Die große Lösung bleibt im Spiel

CSU-Bundestagsabgeordneter ist optimistisch, den Rechnungsprüfungsausschuss überzeugen zu können – Mit 37 Millionen Euro viel teurer

WEISSENBURG (mau) – Bundes-tagsabgeordneter Artur Auernhammer ist weiterhin zuversichtlich, dass der Umbau der sogenannten Hörnleinkreuzung in Weißenburg trotz aller Bedenken in Berlin in der teuren Variante erfolgen kann. „Anders ist das verkehrstechnisch nicht zu regeln“, sagte der Abgeordnete bei der Versammlung der Weißenburger CSU.

Wie mehrfach berichtet, gibt es zwei Varianten für den Ausbau der Kreuzung. Die aufwendigere sieht vor, die B 2 in eine Art Trog tiefer zu legen. Darüber soll es einen Kreisverkehr geben, über den die Autos von bzw. auf die Fernstraße geleitet werden.

Auf diese Weise braucht es keine Ampel mehr. Doch wird das Ganze eben auch erheblich teurer. 37 Millionen Euro stehen insgesamt auf der Rechnung, davon allein 17 Millionen Euro für die Kreuzung selbst, der Rest ist für den dreistreifigen Ausbau von der Kreuzung bis zur Anschlussstelle Weißenburg-Nord.

Die Alternative wäre ein Modifizieren der Istsituation. Ein insgesamt vierstreifiger Ausbau in Verbindung mit intelligenten Ampelanlagen, die den Verkehr nach Bedarf regeln und für eine „Grüne Welle“ sorgen, würden ebenfalls für einen sauberen Verkehrsfluss sorgen, sagen die Planer des

Staatlichen Bauamtes in Ansbach. Die Kosten für den Kreuzungsumbau würden in diesem Fall nur fünf Millionen Euro betragen. Fürs Verbreitern der Straße fielen 18 Millionen Euro an.

Eine satte Ersparnis von 14 Millionen Euro also. Deshalb hatte der Rechnungsprüfungshof die Maßnahme gerügt. Und auch der Rechnungsprüfungsausschuss war nicht gerade angetan von dem klaren Signal von Politik und Wirtschaft im Weißenburger Raum, die sich ziemlich geschlossen für die große Lösung aussprachen. Und das, obwohl dies auch Mehrkosten für den Landkreis selbst bedeutet, wie Landrat Gerhard Wägemann bei

der CSU-Versammlung einmal mehr hervorhob.

Für Artur Auernhammer wäre es ein Ünding, wenn man zwischen Nürnberg und Augsburg als Autofahrer überall frei Fahrt hätte und nur noch von einer ApeI in Weißenburg aufgehalten würde. „Das wäre ein regelrechtes Nadelöhr.“ Natürlich koste die ampelfreie Variante „ein paar Euro mehr“, befand der Oberhochstatter, doch in diesem Falle gelte es langfristig zu denken. Die Kreuzung sei immerhin der Punkt mit der höchsten Verkehrsbelastung im ganzen Landkreis. Das Staatliche Bauamt erwartet im Jahr 2030 täglich weit über 30 000 Fahrzeuge, die über die Kreuzung rollen werden.

Vom Schreibtisch aus betrachtet sei die Rüge des Bundesrechnungshofes durchaus zu verstehen, gab Auernhammer zu. „Da kann man die Entscheidung so fällen. Aber nicht, wenn man die Situation vor Ort kennt.“ Er betonte, dass auch das Bundesverkehrsministerium hinter der großen Lösung stehe.

Die endgültige Entscheidung liegt nun beim Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestags, erklärte Auernhammer den CSU-Mitgliedern. Dieser hat zwar jüngst vom Bundesverkehrsministerium eine Prüfung der Wirtschaftlichkeit eingefordert, dennoch glaubt Auernhammer daran, dass er die Ausschussmitglieder überzeugen kann. Er werde den entsprechenden Bundestagskollegen die Situation vor Ort aufzeigen und erläutern, weshalb trotz der hohen Kosten die teurere Variante am Ende sinnvoller sei.

Allerdings muss er sich dabei etwas sputen. Denn nach Stand der Dinge wird die Hörnleinkreuzung den Rechnungsprüfungsausschuss bereits in seiner Mai-Sitzung beschäftigen. Bei der CSU-Versammlung gab sich Artur Auernhammer zuversichtlich, dass er bis dahin ordentlich Überzeugungsarbeit geleistet hat.

CSU-Bundestagsabgeordneter ist optimistisch, den Rechnungsprüfungsausschuss überzeugen zu können



Unfallträchtig: An der Hörnleinkreuzung in Weissenburg gibt es immer wieder Unfälle wegen Abbiegefehlern. Ein ampelfreier Ausbau würde die Situation verbessern, doch ist diese Variante deutlich teurer. Deshalb gibt es in Berlin erhebliche Bedenken gegen das Vorhaben. Noch diesen Monat entscheidet der Rechnungsprüfungsausschuss. Foto: Robert Maurer